

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Der "sozialistische" Wettbewerb des Ostens

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Der "sozialistische" Wettbewerb des Ostens, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 1, pp. 38-41

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132219>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

gung der kommunistisch beeinflussten Staatsgewerkschaft und des von ihr vertretenen Arbeitsrechts) zurück. Mit einer Beibehaltung der derzeitigen Abrechnung während einer Übergangsperiode wären keine unzumutbaren sozialen Bedingungen verknüpft, und es würde ein Abrechnungschaos in einer Zeit vermieden, in der das Vorliegen von zutreffenden Unterlagen über die vorhandenen Werte und ihr weiteres Schicksal von besonderer Bedeutung sein dürfte. — Sinnvolle Wertansätze in einer die Kontinuität durchbrechenden DM-West-Eröffnungsbilanz können ohnehin erst ermittelt werden, wenn sich der Grad der Einsatz- und Ertragsfähigkeit der betrieblichen Einrichtungen unter den neuen Marktbedingungen annähernd abschätzen läßt. Dazu gehört beispielsweise auch die Ersetzung des Planpreissystems durch Ausgleichspreise.

Die schrittweise Umstellung der Buchführung muß beim Kontenrahmen als dem grundlegenden Organisationsplan einsetzen. Zwischen den marxistischen Kontenplänen und den für die Zukunft vorgesehenen ist durch Ausarbeitung von Kontenbrücken eine Verbindung herzustellen. Dabei sollte ernsthaft überlegt

werden, inwieweit unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten auf branchenweise Vereinheitlichung als Voraussetzung zukünftiger Betriebsvergleiche hinzuwirken wäre. — Die kalkulatorische Buchhaltung sollte vor ihrer Umwandlung auf brauchbare Bestandteile (z. B. Plankostenrechnung usw.) untersucht werden, die eventuell eine Verfeinerung üblicher Verfahrensweisen darstellen. Entscheidet man sich für eine Kostenstellenrechnung alten Stils, so hätte deren Einrichtung zweckmäßig in Verbindung mit der Neugestaltung der betrieblichen Organisationsstruktur zu erfolgen. Die bisher verwandten Bezugsgrundlagen für die Ermittlung von Schlüsselkosten müßten auf ihre art- und intensitätsmäßige Eignung hin untersucht werden.

Mit der Herauslösung der betrieblichen Abrechnung aus der starren, von der Produktionsauflage her entwickelten zentralen Planung und in finanzieller Hinsicht aus dem Staatshaushalt würde die Fondsrechnung in ihrer bestehenden Ausprägung gegenstandslos. Immerhin dürfte die Kapitalnot der Wirtschaft ein solches Rechnungswesen erfordern, das möglichen Kreditgebern ausreichende Einblicke gewährt.

Der „sozialistische“ Wettbewerb des Ostens

Von einem Korrespondenten

Der Wettbewerb der Unternehmungen des Westens um die größtmögliche Rentabilität gilt bei den Kommunisten als antiquiert und schädlich. Statt seiner soll der Dirigismus der staatlichen Planbürokratie bestimmen, welche Betriebe sich entwickeln dürfen und welche nicht. Dennoch ist im Osten in den Betrieben, in der Presse und im Rundfunk ständig vom Wettbewerb die Rede. Dieser „sozialistische“ Wettbewerb des Ostens wird bei uns gern als propagandistisch verbrämte Verschärfung der Ausbeutung abgetan. Dieses Urteil ist zutreffend, aber einseitig; gewiß ist der „sozialistische Wettbewerb“ ein Mittel der propagandistischen Beeinflussung der Arbeiter und eine Form der Antreiberei, zugleich fördert er jedoch die Steigerung der Arbeitsproduktivität in einem ernstzunehmenden Ausmaß.

SOWJETISCHE ARBEITSTHEORIEN

Die Arbeitsproduktivität eines Arbeiters, einer Gruppe von Arbeitern, eines Betriebes oder einer Volkswirtschaft bemißt sich nach sowjetischer Definition nach der Menge der Produkte je Arbeiter und Zeiteinheit. Sie wächst an, wenn die manuelle Arbeit ab- und die maschinelle Arbeit zunimmt. Deshalb bemüht man sich — in allen modernen Industriestaaten und nicht nur in der Sowjetunion — um die Vervollkommnung der Technik und um die Mechanisierung der Produktion. Diesen Bemühungen ist es dienlich, wenn sich die beruflichen Fähigkeiten der Arbeiter denen der Techniker und Ingenieure annähern. Wenn es nun gelänge, so folgert man im Osten, alle Arbeiter bestens zu schulen und zu einem Maximum von Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen zu veranlas-

sen, müßte die Arbeitsproduktivität im Osten rascher ansteigen als im Westen — und die prinzipielle technische Überlegenheit des Ostens wäre bewiesen!

Man unterstellt dabei im Osten, daß die Rationalisierung des Westens auf der „übermäßigen Intensivierung der Arbeit“ beruhe, die „den Arbeiter auszehre“ und sein Interesse an der Arbeit lähme, während sich im Osten die „schöpferische Initiative der Werktätigen frei entfalte“. Beide Unterstellungen sind Halbwahrheiten. Wohl wurden zu Marx' Zeiten die Arbeiter überall heftigst ausgebeutet, und in wenig entwickelten Ländern ist es noch heute so; in der sozialen Marktwirtschaft der modernen Industriestaaten stehen sich Kapital und Arbeit dagegen nicht mehr als feindliche Klassen gegenüber, sondern sind Partner ein- und desselben Sozialgefüges geworden.

Die andere Halbwahrheit ist die sowjetische Behauptung von der „freien Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen“ im Osten. In der Tat hat die herrschende Schicht der Staats- und Betriebsfunktionäre, der Techniker und der Halbtelligenz vielfach die Möglichkeit, sich beruflich zu entfalten — bei gleichzeitiger straffer politischer Gängelung. Die Angehörigen dieser Schicht hätten allerdings alle Veranlassung, von dieser fachlichen Bewegungsfreiheit Gebrauch zu machen, da sie relativ gut bezahlt werden und ihre Leistungen dazu beitragen könnten, das Regime zu festigen, dem sie ihre Positionen verdanken; dennoch ziehen es viele Angehörige der herrschenden Schicht vor, ihre Stellungen durch parteipolitische Ergebnisse zu sichern, und leisten beruflich sehr wenig. Nicht anders verhalten sich in den östlichen Ländern die einfachen Arbeiter und Angestellten. Sie sind an Bestleistungen und an der Steigerung der Arbeitsproduktivität direkt nur dann interessiert, wenn sie glauben, auf diesem Wege zur privilegierten Schicht der Funktionäre aufsteigen zu können. Im Normalfall bleiben sie jedoch Passivisten.

Diese Schwäche des Sowjetsystems erkannte Lenin bereits 1921. Er erklärte, die Dutzende und aber Dutzende von Millionen Menschen würden nicht auf Grund des Enthusiasmus allein zu hohen Leistungen angespornt werden können,

sondern vor allem mit Hilfe des persönlichen Interesses, der persönlichen materiellen Interessiertheit, des Rentabilitätsprinzips. Auf dieser Basis wurde die östliche Lohnpolitik entwickelt. Vorherrschend ist der Leistungslohn: 1953 standen 77 % der sowjetischen Industriearbeiter im Leistungslohn. Die hohen Normen werden als „technisch begründet“ bezeichnet und sollen für „alle Arbeiter durchaus erreichbar“ sein; „erfahrungsstatistische“ Normen gelten dagegen generell als „veraltet“ und als „Legalisierung unproduktiver Verluste an Arbeitszeit“. In der Praxis führt die weitverbreitete Überspitzung der Normensteigerung weniger zur rationellen Ausnutzung der Maschinen, Ausrüstungen, Rohstoffe und Arbeitszeit, zur Einführung technischer Verbesserungen und zur bestmöglichen Organisation des Produktionsprozesses, sondern viel häufiger zur Übermüdung und Gleichgültigkeit. Aus dieser Gleichgültigkeit sollen die Arbeiter und Angestellten von Zeit zu Zeit durch die „sozialistischen“ Wettbewerbe aufgerüttelt werden.

DIE LEHRE VOM WETTBEWERB

Die Lehren über den „sozialistischen“ Wettbewerb wurden von Lenin formuliert. Die drei Bedingungen eines Wettbewerbs sind nach Lenin die „Öffentlichkeit des Wettbewerbs“, die „Vergleichbarkeit seiner Resultate“ und die „Möglichkeit einer praktischen Wiederholung der Erfahrungen“.

Die „Öffentlichkeit des Wettbewerbs“ wird in den Betrieben an den Wettbewerbstafeln und in zwischenbetrieblichen Wettbewerben in der Fach- und Gewerkschaftspresse hergestellt. Täglich, alle drei Tage oder wöchentlich werden die Leistungen der Einzelarbeiter, Arbeitergruppen oder Betriebe veröffentlicht und auf diese Weise die Schwächeren unter moralischen Druck gesetzt, mehr zu schaffen. Es bleibt jedoch nicht bei der öffentlichen Bloßstellung der „Schlußlichter“; in der Regel sind sehr rasch die Partei- und Gewerkschaftsorgane zur Stelle, um zu „diskutieren“ und damit dem moralischen den politischen Druck hinzuzufügen. Für die Meister und Direktoren zurückliegender Abteilungen und Betriebe ist der Besuch der politischen Funktionäre zugleich eine Warnung, sich auf ihrem Posten nicht zu sicher zu fühlen.

Aber auch die „Spitzenreiter“ haben Sorgen; mit dem Schlagwort von der „uneigennütigen, kameradschaftlichen, sozialistischen Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen“ werden sie gedrängt, das Geheimnis ihres Erfolges, ihre Neuerungen, möglichst schon während der Laufzeit des Wettbewerbs allgemein bekanntzumachen und den „Konkurrenten“ bei der Übernahme der Neuerungen auch noch behilflich zu sein. Die „sportliche“ Einstellung, die von ihnen verlangt wird, kollidiert allerdings mit dem Bestreben, die Geld- oder Sachprämien, Siegerfahnen, Medaillen, Orden oder Titel („Bestarbeiter“, „Aktivist“, „Held der Arbeit“, „Stalin- usw. Preisträger“) zu erringen. Die kameradschaftliche Hilfe während eines Wettbewerbs, die gern als Ausdruck des „sozialistischen Bewußtseins“ deklariert wird, kommt daher selten über kümmerliche Anfänge hinaus. Die „Öffentlichkeit“ des Wettbewerbs so weit zu treiben, gelingt also im allgemeinen nicht.

In einem Feld von 6 bis 12, ja 25 Wettbewerbern kristallisieren sich meist recht bald zwei, drei heraus, die Erfolgchancen haben und nun häufig in ein ausgesprochenes Wettbewerbsfieber verfallen. Als eine Folge der „Öffentlichkeit“ flaut das Interesse der übrigen trotz aller politischen „Mobilisierungs“-Versuche sodann ab. Dieser Tendenz begegnen die Funktionäre, indem sie die Wettbewerbe gleichzeitig auf den verschiedensten Ebenen durchführen: von „Mann zu Mann“, zwischen den „Brigaden“, den Abteilungen, den Betrieben, den Wirtschaftszweigen, den Provinzen. Durch die breitere Streuung der Prämienchancen werden von je 100 nominell am Wettbewerb beteiligten Schaffenden durchschnittlich 15 bis 20 zu Bestleistungen angespornt.

Die zweite Leninsche Bedingung eines Wettbewerbs ist die „Vergleichbarkeit seiner Resultate“. Diese Bedingung ist in der Industrie, im Verkehrswesen, in der Landwirtschaft und im Handel durchweg gegeben, zumal die Wettbewerbsziele sehr vielseitig sein können. So gibt es neben den Wettbewerben um die Erhöhung der Produktion solche um die Verbesserung der Qualität der Produktion, die bessere Ausnutzung der Produktionskapazität, die Senkung der Selbstkosten oder die überplanmäßige Einsparung von Material und Geldmitteln. Jahrzehntlang ist auch versucht worden, die Verwaltung und die kulturellen Institutionen zu Wettbewerben zu veranlassen, doch kam man in der Sowjetunion neuerdings zu der Einsicht, daß es abwegig sei, die Funktionäre und die Intelligenz allzu intensiv mit der Einsparung von Telefonkosten oder Schreibpapier zu befassen und sie von ihren eigentlichen Aufgaben abzulenken.

Die dritte Leninsche Bedingung ist die „Möglichkeit der praktischen Wiederholung der Erfahrungen“, die in einem Wettbewerb gesammelt wurden. Zwar werden die Wettbewerbe häufig gestartet, um gegen Ende eines Jahres oder eines Jahrfünfts Planrückstände aufzuholen, und die hierzu erforderlichen Sonderleistungen beruhen häufig auf der einfachen Beschleunigung des Arbeitstempos, auf Sonderschichten oder auf Überstunden. Noch wichtiger ist dem Sowjetsystem jedoch die Ansammlung und Verbreitung neuer Arbeitserfahrungen und die möglichst gleichmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität im ganzen Lande. Partei und Staat beobachten die Wettbewerbe daher aufmerksam hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsmethoden durch bessere Arbeitsorganisation (Arbeitsteilung, Beherrschung mehrerer Berufe), bessere Organisation der Produktion (Arbeit nach aufgliederem Zeitplan) und bessere Technologie und Technik der Produktion (Intensivierung des technologischen Prozesses sowie Vervollkommnung der Werkzeuge, Vorrichtungen und Werkzeugmaschinen). Diese verbesserten Arbeitsmethoden sucht man über die Fachzeitschriften und auch über die Tagespresse rasch zu verbreiten; nach Beendigung eines Wettbewerbs werden die „Neuerer“ und „Bestarbeiter“ in andere Betriebe und in die Fachschulen geschickt, um ihre Erfahrungen weiterzugeben. Die sowjetische Literatur gibt an, daß sich die Zahl der Erfindungen, technischen Verbesserungen und Rationalisierungsvorschläge, die 1953 allein in der Industrie, im Bau- und im Verkehrswesen Anwendung gefunden haben, auf mehr als 850 000 belaufen habe; ferner, daß der Zuwachs der sowjetischen Industrieproduktion von 1940 bis 1953 zu 70 % auf der Rationalisierung beruhe.

Die Voraussetzungen für den zwischenbetrieblichen Erfahrungsaustausch als Mittel zur Beschleunigung der Rationalisierung sind in den östlichen Ländern recht günstig, da es Betriebsgeheimnisse offiziell nicht gibt und betriebsegoistische Regungen, die sich auch noch nach der Beendigung von Wettbewerben zeigen, scharf bekämpft werden. Dennoch werden keineswegs die theoretisch denkbaren maximalen Erfolge erzielt, da das östliche Regime das materielle Interesse der Menschen in den Wettbewerben weitgehend mit Propaganda abspesen zu können glaubt. Das kommt bereits in der geringen Prämienhöhe zum Ausdruck, die nur für 15–20 % der Wettbewerbsteilnehmer einen effektiven An-

sporn darstellt. Das gilt auch für die Höhe der Prämien: ein Betrieb mit 300 Mitarbeitern, der in drei Monaten 15 Mill. Rubel echte Einsparungen gegenüber dem — unzulänglichen — Plan erzielt und eine Prämie von nur 6000 Rubeln (20 Rubel je Mitarbeiter!) erhält, wird trotz Siegerfahne enttäuscht. Am schwerwiegendsten aber ist wohl, daß die Rationalisierung selbst durch einen materiellen Anreiz kaum gefördert wird; die planmäßigen Betriebsgewinne werden nämlich zu 97 $\frac{1}{2}$ —99 $\frac{1}{2}$ % weggesteuert und die überplanmäßigen auch immerhin zu 75—92 %. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Verbesserungsvorschläge häufig unbeachtet bleiben. Die Moskauer Zeitschrift „Krokodil“ brachte kürzlich diesen Dialog: Direktor: „Ihr Verbesserungsvorschlag bringt eine jährliche Einsparung von 250 000 Rubel.“ Arbeiter: „Das heißt also, daß eine Million bereits verlorengegangen ist, denn ich habe ihn vor vier Jahren eingereicht.“

AUS DER PRAXIS DES OSTENS

Doch zurück zu den Rationalisierungsvorschlägen, die nicht in den Schreibtischen liegenblieben. Im Mai dieses Jahres berichtete die „Prawda“ über den Dreher Nikolai Kusmin von der Werkzeugmaschinenfabrik „Krasny-Proletari“ in Moskau. Kusmin ist Dreher. Er arbeitet an einer Karusselldrehbank. Zur Steigerung der Leistung entwickelte er Meißel mit großen negativen Spannwinkeln für das Vordrehen, ferner solche mit breiter Schneidkante für die Endbearbeitung. Die Schnitttiefe seines Meißels beträgt 16-18 mm gegenüber früher 5-10 mm. Außerdem verwendet Kusmin anstatt eines einzigen Meißels gleichzeitig zwei oder drei. Durch die vollständige Ausnutzung der Maschinenleistung, die rationelle Ausnutzung der Arbeitszeit, die Zusammenlegung der Arbeitsvorgänge und die Anwendung des Einrichtens vieler Werkzeuge gelangt Kusmin auf die 4—5fache Norm. Seine Arbeit, so schreibt die „Prawda“, erfolge bei hohen Geschwindigkeiten und mit großer Genauigkeit. Für die Mitwirkung an der Entwicklung vertikaler, zwispindeliger Kopierdreh-Halbautomaten wurde er „Stalinpreisträger“ und wenig später Abgeordneter des Obersten Sowjets der RSFSR. Im Oktober 1954 reiste er nach Mitteldeutschland zum Erfahrungsaustausch und Mitte 1955 nach China zur Weitergabe seiner Erfahrungen an die chinesischen Dreher. Es bleibt noch hinzuzufügen, daß Kusmin Mitglied der sowjetischen KP ist. Das also ist der Idealtyp des sowjetischen Facharbeiters und der Idealfall der Teilnahme am Wettbewerb, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und — der Normtreiberei.

Ein anderes Beispiel, über das die Moskauer Gewerkschaftszeitung „Trud“ berichtete: In Erfüllung einer Wettbewerbsverpflichtung erschmolz das Arbeiterkollektiv des 185-Tonnen-Martinofens Nr. 10 im Hüttenwerk „Saporoshstal“ im Jahre 1952 ohne Verwendung von Sauerstoff 176 000 t Stahl. Das waren 26 000 t mehr als im Vorjahr. Ermöglicht wurde die Leistungssteigerung durch die Verbesserung der Zusammenarbeit im Werk; von den Schrottplatzarbeitern und Chargierkranführern wurde das genau abgewogene und dicht in die Mulden gepackte Einsatzmaterial rechtzeitig zugeführt und rasch chargiert, vom Mischer wurde die festgelegte Menge flüssigen Eisens ohne Schlacke geliefert, die Gießer stellten die Gieß- und Schlackenpfannen rechtzeitig bereit und vermieden Verluste und Ausschuß, die Arbeiter des

Kokillenlagers, die Rangierer und die Lokführer schließlich brachten die Kokillen rechtzeitig in die Gießhalle. Die Erfahrungen des Werkes wurden über Zeitungsartikel und Broschüren und in Betriebsschulen verbreitet. Die Instruktionen für Wärmeführung und Wartung der Ofen und für die Technologie der Stahlerzeugung wurden daraufhin überarbeitet.

Im Jahre 1953 steigerte das Arbeiterkollektiv des 185-Tonnen-Martinofens Nr. 6 des gleichen Werkes die Jahresleistung um weitere 13 000 t auf 189 000 t Stahl; bei diesem Ofen wurden die Silikat- durch Chrommagnetitgewölbe ersetzt, ferner wurde Sauerstoff verwandt. Die Verwendung von Chrommagnetit steigerte die Haltbarkeit der Gewölbe um das Zweieinhalbfache, es verlängerte sich die Ofenreise. Als Folge schmolz allerdings das Gittermauerwerk der Kammern nach drei bis vier Monaten ab; auf Vorschlag des ukrainischen Forschungsinstituts für feuerfeste Erzeugnisse wurden die Gitter nun aus Forsterit anstatt aus Silikatsteinen hergestellt, sie halten jetzt bis zu 1000 Schmelzen aus. Durch die Verwendung von Sauerstoff verringerte sich die Chargendauer von 12 auf 8, ja 5 und 4 Stunden; nunmehr mußten mehr Kräne, mehr Stahl- und Schlackenpfannen und mehr Kokillenwagen eingesetzt werden. Gleichzeitig mußte die Laboratoriumstechnik vervollkommen werden, da die Kohlenstoffverbrennung und die Baderhitzung so beschleunigt wurden, daß die üblichen Methoden der Schnellanalyse nicht mehr ausreichten, Ausschuß zu verhindern. Nach der Einführung des unmittelbar am Ofen installierten Karbometers wurde es möglich, den Kohlenstoffgehalt in einer Minute zu bestimmen.

Auf Vorschlag einiger Betriebsingenieure wurde die spektralanalytische Bestimmung des Mangan gehaltes eingeführt; die Meister können nämlich Ferromangan einsparen, wenn sie die Ergebnisse der Analyse bereits zu Beginn des Abstichs kennen. Durch die Spektralanalyse der Schlacke während des Schmelzverlaufes wurde der Stahl verbessert und durch die Messung der Temperatur des flüssigen Stahles mit Eintauch-Thermoelementen der Ausschuß auf die Hälfte verringert. Im Mai 1955 erfolgte die Vollautomatisierung der Wärmeführung am Ofen Nr. 1 im „Saporoshstal“. Nach der Aufstellung einer zweiten Paketierpresse und der Erweiterung der Sauerstoffanlage will man im Werk in 24 Stunden nicht drei, sondern vier Chargen liefern.

Der Direktor des sowjetischen Musterkombinates in Magnitogorsk kündigte jetzt in der „Prawda“ an, daß nunmehr auch in den Martinöfen seines Werkes die restlichen Silikat- durch Chrommagnetitgewölbe ersetzt werden sollen.

Dieses Beispiel mag zeigen, wie der Wettbewerbs-erfolg der Schmelzer vom Ofen Nr. 10 im „Saporoshstal“ eine Kettenreaktion von Rationalisierungsmaßnahmen auslöste, bei der die Arbeiter, die Ingenieure und die Wissenschaftler in gleicher Weise mitwirkten. Diese einmütige Zusammenarbeit — und nicht die Frage, ob die geschilderten technischen Verbesserungen „epochal“ sind oder nicht — ist hier von Belang. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit ist für die moderne Großindustrie aller Länder typisch. Sie ist das Ergebnis der Technisierung und zugleich die Voraussetzung für ihre Weiterführung. Daß sie im Osten durch die „sozialistischen Wettbewerbe“ gefördert wird, muß als erwiesen gelten, darin liegt ihre nicht zu unterschätzende Bedeutung. Keineswegs bewiesen ist dagegen die sowjetische Behauptung, daß die Wettbewerbe ein Vorzug des kommunistischen Systems seien, dem der Westen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen habe.

WETTBEWERBE IN DER DDR

Wettbewerbe nach sowjetischem Muster kennt man auch in Mitteldeutschland. Die Propaganda der SED und der Gewerkschaft und der Druck der Regierungs-

stellen waren in den letzten Jahren gleichbleibend intensiv, so daß heute in allen Wirtschaftszweigen „sozialistische Wettbewerbe“ durchgeführt werden.

Eine aufschlußreiche Liste von „Sieger-Betrieben“ des „Republik-Wettbewerbs“ im IV. Quartal 1954 dokumentierte regierungsamtlich die Engpässe der mitteldeutschen Staatswirtschaft, für die nennenswerte Prämien ausgeschüttet, und die Gleichgültigkeit des Grotewohl-Regimes gegenüber der Konsumgüterindustrie und dem Handel, denen nur geringfügige Geldbeträge zugewilligt wurden. Interessant war ferner die namentliche Bekanntgabe der 51 Betriebe, die 1954 bei der Verwirklichung der Planaufgaben innerhalb ihres Wirtschaftszweiges am erfolgreichsten waren. Bemerkenswert war schließlich die geringe Höhe der Gesamtprämiensumme von 761 000 DM; auf den einzelnen Beschäftigten umgerechnet ergibt das nur einen Bruchteil einer einzigen Ostmark! Da die Einzelprämien meist 50 DM und mehr betragen, hat nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Angestellten und Arbeiter eine Chance, in den Genuß einer Prämie zu gelangen. Die betrieblichen Prämienfonds werden zwar auch aus den Direktorenfonds gespeist, dennoch bleibt die Breitenwirkung des materiellen Anreizes gering. Eine Folge dieser Unterschätzung des finanziellen Interesses der Menschen durch die SED ist die weitverbreitete Gleichgültigkeit der Berufstätigen gegenüber den Wettbewerben.

Trotzdem kommen in nicht wenigen Betrieben Wettbewerbe zustande, die den Wunschträumen der SED-Ideologen annähernd entsprechen. Vielfach sind es gerade parteilose Facharbeiter, Techniker und Angestellte, die trotz minimaler Prämienchancen den Wettbewerbsaufrufen eifrig Folge leisten, ja zuweilen sogar selbst die Initiative ergreifen und ihre Kollegen zum Wettbewerb herausfordern. Ihre Beweggründe sind unterschiedlicher Art. Häufig ist es der Wunsch, auf diese Weise der politischen Betätigung in den kommunistischen Massenorganisationen aus dem Wege zu gehen, aber trotzdem bei den Funktionären als „fortschrittlich“ zu gelten und von ihnen in Ruhe gelassen zu werden. In den Industriebetrieben reizt viele — wie in der Sowjetunion — der technische Fortschritt, der beglückende Gedanke, zu seinem kleinen Teil zu ihm beitragen zu können. Noch nachhaltiger wirkt sich gerade in der mittleren Arbeitnehmer-

schaft Mitteldeutschlands ein auch nach zehn Jahren SED-Herrschaft immer noch sehr hohes Arbeitsethos aus, ein Pflichtbewußtsein, das wenig nach Prämien und „Sieger“-Fähnchen fragt, das vielmehr vor dem eigenen Gewissen bestehen möchte, eine Sehnsucht nach solider Arbeit, eine Abscheu gegen die weitverbreitete Mißwirtschaft des SED-Regimes, die diese Facharbeiter, Techniker und Angestellten mit Hilfe des „sozialistischen Wettbewerbs“ eben dieser SED beseitigen möchten. Das mag paradox klingen, ist aber dennoch eine sogar recht häufig zu beobachtende Erscheinung.

Im „sozialistischen Wettbewerb“ des Ostens kommen also neben linientreuen Parteifunktionären auch ganz andersartige Kräfte zum Zuge. Dieser östliche Wettbewerb ist nicht nur eine Angelegenheit goldbestickter roter „Sieger“-Fahnen und der Antreiberei, sondern zugleich auch eine Form der Bemühungen, die der modernen zentralisierten Wirtschaft gemäßen Organisations- und Arbeitsmethoden zu entwickeln.

Vor dieser Frage steht man heute auch im Westen. Der technische Fortschritt hat die Produktivität der Industriegewirtschaft gewaltig gesteigert. Zugleich macht sich jedoch der Mangel bemerkbar, daß der einzelne Arbeitnehmer in den so leistungsfähigen Großbetrieben im allgemeinen nicht jene „Freiheit zur schöpferischen Entfaltung seiner Initiative“ findet, die jedem selbständigen Gewerbetreibenden ein Maximum an Ideen und Leistungen ermöglicht — und ihn beruflich befriedigt. Daß die Millionen Arbeitnehmer in den großen Unternehmungen nicht ihr Bestes geben und vielleicht noch gar nicht geben können, muß bedauert werden, ob man es vom Standpunkt der Volkswirtschaft, des Betriebes oder des Arbeitnehmers selbst betrachtet. Diese ökonomischen und antineurotischen Reserven warten darauf, mobilisiert zu werden. Ob uns hierbei die Erfahrungen des Ostens von Nutzen sein können, und sei es nur in einzelnen Details, kann erst die Zukunft lehren.

It.: Elektroindustrie Die Elektroindustrie Mitteldeutschlands

Von einem Korrespondenten

Die elektrotechnische Industrie Mitteldeutschlands hat sich in neuerer Zeit zu einem bedeutenden Industriezweig entwickelt. Der Produktionswert belief sich 1954 auf mehr als das Dreifache desjenigen von 1936. Diese recht bedeutende Zunahme ergab sich durch Verlagerungen und Erweiterungen der Kriegszeit; sie ist ferner das Ergebnis des jetzt zu Ende gehenden Fünfjahresplanes der DDR. Zwischendurch — in den Jahren 1944/48 — hatten Kriegsschäden und Demontageverluste die Betriebe fast völlig ihrer Produktionsmittel beraubt. Der neuerliche Zuwachs verdient daher um so größere Aufmerksamkeit.

In der Vorkriegszeit war Berlin der wichtigste Standort der deutschen Elektroindustrie mit weltbekannten Unternehmungen wie der AEG, Siemens oder Telefunken; damals arbeiteten 48 % (147 000) aller in

Deutschland in diesem Industriezweig Beschäftigten in den Betrieben der Reichshauptstadt (davon 77 % in den jetzigen Westsektoren). Während des Krieges wurden beträchtliche Teile der Produktion aus Gründen der Luftgefährdung in die Provinz verlagert. Hier von profitierten vor allem Sachsen und Thüringen. Im Mai 1944, dem Zeitpunkt der wahrscheinlich stärksten Ausweitung der Kriegsproduktion, lag die Zahl der Beschäftigten in Mitteldeutschland mit 106 000 fast dreimal so hoch wie 1936 (37 000). Es waren nicht nur die bestehenden 400 Betriebe erweitert, sondern auch — besonders in Thüringen — über 100 Klein- und Mittelbetriebe der Konsumgüterindustrie auf die Elektrotechnik umgestellt worden. Zwar erlitt die Produktionskapazität aller dieser Werke in der Endphase des Krieges infolge der Kriegseinwirkungen eine nicht